

Streitbeilegungsverfahren. Und selbst dort ist seine Rolle klar begrenzt. Er legt EU-Recht aus, wie das Bundesgericht Schweizer Recht auslegt. Mit dem bilateralen Weg hat die Schweiz vor 25 Jahren bewusst beschlossen, sich in ausgewählten Bereichen am Binnenmarkt der EU zu beteiligen, weil das in unserem Interesse ist. Also haben wir akzeptiert, dass dort EU-Recht auch für uns gilt. Der EU-Gerichtshof wird aber nicht über Streitfälle entscheiden, die uns betreffen. Erachtet das paritätische Schiedsgericht eine Auslegung des EU-Rechts als notwendig und relevant für die Lösung des Streitfalls, holt es eine Stellungnahme des Europäischen Gerichtshofs ein. Diese ist verbindlich. Die Entscheidung im konkreten Streitfall aber treffen keine «fremden Richter», sondern dies obliegt dem Schiedsgericht.

*Wenn die Schweiz vor dem Schiedsgericht verliert, kann die EU «Ausgleichsmassnahmen» ergreifen. Das Volk könnte kaum mehr frei abstimmen, wenn es nicht weiss, wie die EU bei einem Nein reagiert. Wird damit die direkte Demokratie ausgehöhlt?*

Nein. Schon heute sind die Folgen bei vielen Abstimmungen unklar. Mit den neuen Verträgen haben wir sogar mehr Sicherheit, weil wir wissen, dass die Massnahmen der EU nur die Binnenmarktabkommen betreffen können und verhältnismässig sein müssen. Gehen sie zu weit, können wir sie vom Schiedsgericht überprüfen lassen. Beim Schengen-Abkommen hat die Schweiz eine Rechtsübernahme akzeptiert, die strenger ist: Sagen wir Nein, steht sofort alles auf dem Spiel – es droht der Ausschluss. Im Vergleich dazu sind die neuen Verträge milder. Wir können ohne Angst Nein sagen. Die Regeln sehen dies explizit vor, und die EU darf nicht willkürlich hart reagieren.

*Trotzdem: Die Schweiz würde der EU faktisch erlauben, sie abzustrafen, wenn sie neues EU-Recht einmal ablehnt. Ist das nicht unwürdig?*

Seien wir nicht naiv: Ob zwischen Privaten oder Staaten – jeder Vertrag ist ein Geben und Nehmen. Man geht Verpflichtungen ein und gibt Freiheiten ab, weil man sich davon Vorteile verspricht, die die Nachteile überwiegen. Man kann nicht alles haben. Zudem geht es hier nicht um Strafen, sondern um Massnahmen, die nach einer Vertragsverletzung durch eine Seite wieder ein Gleichgewicht herstellen sollen.

*Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter hat einmal von einem «gewissen Souveränitätsverlust» gesprochen. Sehen Sie das auch so?*

Ja. Jeder Vertrag – auch mit einer Bank oder einem Autohändler – führt zu einem Verlust an Souveränität. Entscheidend ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Wir erhalten wirtschaftliche Vorteile, eine bessere Stromversorgung, eine gesicherte Forschungszusammenarbeit und anderes mehr. Unser Handlungsspielraum wird dadurch gestärkt. Auf der anderen Seite arbeiten wir enger mit der EU zusammen und können in den betroffenen Markt Bereichen nicht mehr alles alleine entscheiden. Erweisen sich die Verträge künftig als nicht vorteilhaft, kann jede Seite sie kündigen – das wäre kein irreversibles Risiko.

*Halten Sie das für realistisch? Wären die Kosten nicht viel zu hoch?*  
Das kommt darauf an, welchen Zeithorizont Sie meinen. In den nächsten 20 Jahren wäre es kaum denkbar. In den nächsten 200 Jahren kann alles passieren.

*Wenn wir die neuen Verträge ablehnen, haben wir immer noch die bestehenden bilateralen Abkommen. Genügt das nicht?*

Nein. Die Annahme, dass diese Verträge weiterhin tauglich seien, ist falsch. Wenn die neuen Abkommen nicht zustande kommen, wird die EU das zwar akzeptieren müssen, aber kaum Interesse haben, einen dritten Anlauf zu wagen. Jedenfalls nicht in den nächsten 10 oder 20 Jahren. Die EU hat zudem derzeit ganz andere Prioritäten.

*Wollen Sie sagen, das sei die letzte Chance, den bilateralen Weg fortzuführen?*  
Ich würde nie sagen, etwas sei die letzte Chance. So dramatisch ist es nicht. Wir können ganz entspannt entscheiden. Die Schweiz lebt weiter – mit diesen Verträ-

gen oder ohne sie. Aber der Bundesrat ist überzeugt: Sie lebt besser mit ihnen.

*Nochmals: Die bestehenden Abkommen würden bei einem Nein weiterhin gelten. Ja, aber der heutige Zustand ist weder stabil noch nachhaltig. Er gerät zunehmend unter Druck, und die Streitigkeiten würden sich schnell häufen. Was die Folgen wären, haben wir in den letzten Jahren miterlebt: Die Hochschulen werden aus der Forschungszusammenarbeit ausgeschlossen, die technischen Handelshemmnisse nehmen zu, beim Strom wird die Zusammenarbeit erschwert, was die Versorgungssicherheit infrage stellt. Wir haben im Bundesrat alle Optionen seriös geprüft: Freihandel, EWR- oder EU-Beitritt. Es besteht kein Zweifel, dass der bilaterale Weg weiterhin die optimale Lösung für die Schweiz ist. Lange war unsicher, ob die EU bereit ist, ihn zu vertretbaren Konditionen weiterzuführen. Beim Rahmenabkommen war sie noch sehr hart. Erst in den vergangenen Monaten haben sich die Fronten aufgeweicht. Diese Chance sollten wir nutzen.*

*Der Bundesrat will die neuen Verträge nicht dem Ständemehr unterstellen. Man hört, Sie hätten dabei den Ausschlag gegeben. War das taktisch motiviert, weil die Hürde dann tiefer ist?*

Über die Beratungen im Bundesrat gebe ich keine Auskunft. Was ich aber sagen kann: Tatsächlich hat der Bundesrat auch diskutiert, wie sich das Ständemehr auf die Chancen des Pakets auswirkt, aber dieser Aspekt war nicht entscheidend. Für den Bundesrat waren drei Punkte wesentlich: Verfassung, Kohärenz und Handlungsspielraum für Parlament und Kantone. Die Verfassung verlangt kein Ständemehr. Bei früheren Abstimmungen über die Bilateralen hat man auch darauf verzichtet. Und die neuen Verträge bewirken weder eine tiefgreifende Veränderung der Rechtsordnung noch eine Neuausrichtung der Aussenpolitik. Deshalb sehen wir keinen Anlass für ein Ständemehr.

*Aber das Paket stellt die Bilateralen auf ein neues Fundament, es bewirkt eine grössere Verbindlichkeit und eine institutionelle Annäherung. Wäre es nicht richtig, sie eben doch dem Ständemehr zu unterstellen wie 1992 den EWR?*

Der EWR war eine von drei Ausnahmen, bei denen das Parlament das Ständemehr verlangte, obwohl dies verfassungsrechtlich nicht ausdrücklich vorgesehen war. Aber aus drei Fällen in 100 Jahren kann man wahrlich keine Rechtstradition ableiten. Wir haben uns stark am Entscheid über das Schengen-Abkommen orientiert: Dort gilt eine schärfere Rechtsübernahme, trotzdem hat man auf das Ständemehr verzichtet. Wenn wir das damals so gemacht haben, wie könnten wir heute, wenige Jahre später, anders entscheiden? Bei derart fundamentalen Fragen ist Kohärenz wichtig.

*Beim Schengen-Abkommen gibt es allerdings keine Streitbeilegung, bei welcher der Europäische Gerichtshof eine Rolle spielt.*

Schengen sieht für die Streitbeilegung nur den Gemischten Ausschuss vor. Entweder man findet dort eine Lösung, oder das Abkommen wird nach 90 Tagen automatisch beendet. Die neuen Verträge gehen weniger weit.

*Ihre Partei, die FDP, tut sich mit der Positionierung schwer. Werden Sie sie überzeugen können?*

In erster Linie bin ich Bundesrat und erst in zweiter Parteimitglied. Aber natürlich wünsche ich mir, dass auch meine Parteikollegen sich vertieft mit dem Thema befassen und sich gut überlegen, was die richtigen Prioritäten sind. Wir können diese Debatte sachlich und gelassen führen. Man darf dafür oder dagegen sein. Jeder trägt die Verantwortung für seinen Entscheid.

*Der Ton im EU-Dossier ist für Schweizer Verhältnisse ungewöhnlich aggressiv. Wie gehen Sie mit der giftigen, oft auch persönlichen Kritik um?*

Das Thema ist emotional, der Ton hat sich verschärft. Ich selber lebe aber gut damit, keine Kommentare über mich zu lesen, weder positive noch negative. Das gibt mir die nötige innere Ruhe, um mich nicht beeinflussen zu lassen und meinen Job zu machen.

# In der Abtei Saint-Maurice herrscht eine Kultur des Wegschauens

*Eine Untersuchung stellt der Abteiführung ein miserables Zeugnis aus*

ANNALENA MÜLLER, FREIBURG

Knapp zwei Jahre nach Veröffentlichung der Studie zum Missbrauch in der katholischen Kirche widmet sich eine neue Untersuchung der Abtei Saint-Maurice. Die Walliser Abtei hat die Studie selbst in Auftrag gegeben. Die am Freitag veröffentlichte Untersuchung stellt der Abtei ein verheerendes Zeugnis aus – nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Gegenwart.

Saint-Maurice ist das älteste Kloster nördlich der Alpen. Der Abt ist einem Bischof gleichgestellt und Mitglied der Schweizer Bischofskonferenz. Nach zahlreichen Skandalen, die auch Abt Jean Scarcella und seinen Stellvertreter Roland Jaquenoud betrafen, beauftragte der vom Vatikan eingesetzte Verwalter Wissenschaftler der Universität Freiburg mit einer Untersuchung der Vorgänge. Die Abtei gewährte den Forschenden dafür uneingeschränkten Archivzugang. Die Recherchen konzentrierten sich vor allem auf die Jahre 1960 bis 2024.

Die Wissenschaftler zählten 67 Fälle sexueller Übergriffe. Betroffen waren 68 Personen, 57 waren zum Tatzeitpunkt minderjährig. Die Mehrheit der nachgewiesenen Fälle ereignete sich zwischen 1990 und 2024. Da Missbrauchsvorwürfe in Saint-Maurice nur in Ausnahmefällen schriftlich festgehalten wurden und Einzug ins Archiv fanden, gehen die Forschenden von einer hohen Dunkelziffer aus. Die belegten Fälle zeugen von einer Kultur des Wegschauens, Verleugnens und Schönredens – bis in die Gegenwart.

## Der Fall «Kleriker 24»

Ein Beispiel ist der Fall eines Priesters, der im Bericht als «Kleriker 24» anonymisiert wird. Bereits vor dem Eintritt in Saint-Maurice wurde der Mann mehrfach kirchlich sanktioniert. Seine erste Gemeinschaft schloss ihn Anfang der nuller Jahre aus, und seine österreichische Diözese exkardierte ihn und entband ihn von allen priesterlichen Aktivitäten, «bis er einen anderen Bischof findet, der ihn aufnimmt». 2005 fiel der Mann wegen Betrugs auf – er hatte sich in Oberösterreich eine Pfarrstelle erschlichen, die er nach Bekanntwerden seines Status verlor.

In Saint-Maurice gelingt ihm 2009 der Neustart. Abt Joseph Roduit (2015

verstorben) ist von der Eloquenz und Vielsprachigkeit des Priesters beeindruckt. Der Abt hält an ihm fest, obwohl dessen früherer Prior 2010 und 2012 schriftlich warnt: Der Mann sei ein pathologischer Lügner und habe eine Affinität zu minderjährigen Mädchen. Auch ein Schreiben des Generalvikars der Diözese, die den Mann entlassen hat, ändert nichts. Er wird am 22. September 2012 in die Gemeinschaft von Saint-Maurice aufgenommen.

Auch dort nähert sich der Mann minderjährigen Mädchen. Eine betroffene Mutter berichtet telefonisch: Der Mann habe 2016 erstmals den Kontakt zu ihren Kindern gesucht. Er habe schnell Nähe aufgebaut und sie auf sein Zimmer eingeladen. Ihr sei das merkwürdig vorgekommen, dennoch habe sie gezögert. Erst 2019 unterbindet sie den Kontakt. Im gleichen Jahr – so geht aus der Studie hervor – verbietet der Abt von Saint-Maurice «Kleriker 24» jeglichen Kontakt zu Kindern, 2022 interveniert der Vatikan und aberkennt ihm den Kanoniker-Status.

Nach aussen sichtbare Folgen scheint dies nicht gehabt zu haben. So engagiert sich der Mann als Aushilfspriester. Im Sommer 2024 bewirbt er sich auf eine vakante Pfarreistelle im Berner Oberland. Er ist in der Gemeinde beliebt, viele Einheimische möchten ihn als Pfarrer. Saint-Maurice wird um eine Unbedenklichkeitserklärung angefragt – ein Standardprozedere im kirchlichen Anstellungsprozess, mit dem sichergestellt werden soll, dass keine Vorwürfe vorliegen, die gegen eine Anstellung sprechen. Auf Anfrage bestätigt die Abtei, dass sie das Dokument am 8. Juli 2024 ausgestellt hat.

Kirchenintern scheint er trotz der ausgestellten Unbedenklichkeitserklärung bekannt gewesen zu sein. Das zuständige Bistum Basel verweigert seine Zustimmung, und im Februar 2025 untersagt die Berner Landeskirche, die örtliche Anstellungsbehörde, den Einsatz von «Kleriker 24» im Kantonsgebiet. Erneut mit dem Fall konfrontiert, räumt die Abtei Fehler ein. Die Sprecherin versichert, man werde dem nachgehen, brauche aber mehr Zeit.

Allerdings zeigt die Studie: «Kleriker 24» ist kein Einzelfall. In Saint-Maurice haben Verantwortliche aktiv weggeschaut. Die Freiburger Forschungs-

gruppe attestiert der Abteiführung, aber auch den verantwortlichen Stellen in Rom, im Umgang mit Missbrauch massive Fehler gemacht zu haben. Die Gründe sind die gleichen, wie sie bereits die Zürcher Studie 2023 aufgezeigt hat. Abhängigkeitsverhältnisse – etwa zwischen Internatsschülern und Lehrern oder Novizen und ihren Ausbildern – sowie klerikale Überhöhung in der katholischen Gesellschaft begünstigen Missbrauch. Das Schweigen innerhalb der Gemeinschaft, die rigide katholische Sexualmoral und Unkenntnis im Erkennen und Umgang mit Missbrauch und Grenzüberschreitungen verhindern eine effektive Prävention.

## Irritierende Rückkehr

Vor diesem Hintergrund wirken die Empfehlungen der Forschenden fast hilflos: Man möge die Präventionsleitlinien der Schweizer Bischofskonferenz anwenden, Meldungen ernst nehmen, sie in den Akten festhalten und besprechen. Offensichtlich wird auf den 164 Seiten, dass die Massnahmen, welche die Schweizer Kirchenoberen im Herbst 2023 nach Veröffentlichung der Zürcher Studie angekündigt haben, im Juni 2025 in Saint-Maurice noch nicht angekommen sind.

Ebenfalls hilflos wirkt der von der Abtei entsandte Antoine Salina. Er gibt sich geschockt von der Studie, man habe das nicht gewusst, vielleicht auch nicht wissen wollen. Als Massnahme stellt Salina unter anderem die Einrichtung einer Meldestelle in Aussicht. Aber die Freiburger Studie lässt auch Fragen offen. So wird der Fall des Abtes Jean Scarcella nur am Rande erwähnt. Scarcella musste sein Amt im Herbst 2023 nach Belästigungsvorwürfen niederlegen. Seine Rückkehr im März 2025 sorgte für Irritationen in der Kirche und bei Betroffenenverbänden.

Mehreren Fragen von Journalisten weichen die Forschenden aus. Es sei nicht leicht gewesen, an weitere Informationen zu kommen. Dass die Freiburger Studie bei den brisanten Fragen zu einem Mitglied der Bischofskonferenz zurückhaltend ist, dass Scarcella, Verantwortungsträger der Abtei und in der Schweizer Kirche, der Pressekonferenz fernbleibt, verstärkt die Erkenntnis: In Saint-Maurice scheint kein Kulturwandel in Sicht.

# Botschaft in Teheran evakuiert

*Die Schweiz erfüllt das Schutzmachtmandat für die USA nun von Baku aus*

GÉRALD KURTH

Seit einer Woche bekriegen sich Israel und Iran. Mit sechs diplomatischen Mitarbeitern hartete die Schweizer Botschafterin Nadine Olivieri Lozano bis in die Nacht auf den Freitag aus. Nun ist die Schweizer Botschaft in Teheran vorübergehend geschlossen. Aussenminister Ignazio Cassis gab an einer Medienkonferenz am Freitagnachmittag bekannt, dass die Eidgenossenschaft alle Mitarbeiter abgezogen habe. Die lokalen Mitarbeitenden hätten sich in dem Land in Sicherheit bringen können.

Das EDA zog zunächst fünf Mitarbeiter aus seiner diplomatischen Vertretung im Norden Teherans ab. Diese hatten schon am Dienstag die Grenze zu Turkmenistan passiert. In der Nacht zum Freitag verliess dann ein Autokonvoi mit den restlichen sieben Mitarbeitern die iranische Hauptstadt in Richtung der aserbaidshanischen Hauptstadt Baku.

## Nur noch telefoniert

Dort nimmt Nadine Olivieri Lozano weiterhin das Schweizer Schutzmachtmandat für die USA in Iran wahr. Schon vor ihrer Evakuierung begab sie sich nicht mehr persönlich ins iranische Aussenministerium im Stadtzentrum, wenn sie

einbestellt wurde. Israelische Jets hatten auch dieses Gebäude bombardiert. Laut Cassis erfolgten die Übermittlungen im Rahmen des Schutzmachtmandats schon telefonisch, als die Botschafterin noch physisch präsent war.

Olivieri Lozano empfing seit Beginn des Krieges mehrere iranische Protestnoten an die Adresse der USA. Seit 1980 vertritt die Schweiz in Iran die Interessen der USA. Die damalige Erstürmung der US-Botschaft führte, verbunden mit einer Geiselkrise, zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Teheran. Seither ist die Schweiz mit ihrer Sektion «Fremde Interessen» auch konsularisch zuständig für US-Bürger, die in Teheran leben.

Dass sich Olivieri Lozano plötzlich in einem Krieg wiederfindet, war bei ihrem Amtsantritt nicht absehbar. Bundesrat Cassis ernannte sie im April 2022 zur Nachfolgerin von Christian Dussey. Dieser wurde nach wenigen Monaten in Teheran nach Bern zurückbeordert, um den Nachrichtendienst zu übernehmen. Als Olivieri Lozano ihren Posten als Chefin der Abteilung Internationale Sicherheit im Staatssekretariat des EDA verliess, war die Lage in Iran ruhig. Schon im September 2022 begannen aber überall im Land Proteste, nachdem eine Studentin unter ungeklärten

Umständen in Polizeigewahrsam gestorben war. Dabei hat Olivieri Lozano die atmosphärischen Voraussetzungen für ihre spezielle Rolle zumindest in Iran verbessert.

## Vorwürfe an die Botschafterin

In der Schweiz bekam sie dafür denkbar schlechte Presse. Oppositionelle und Exiliraner waren erbost, als sie im Februar 2023 im Tschador die Pilgerstadt Qom besuchte und sich dabei mit konservativen Geistlichen fotografieren liess. Sie habe sich vom Mullah-Regime instrumentalisieren lassen und diesem mit ihrem naiven Auftritt unnötige Legitimität verschafft. Cassis stellte sich hinter seine Botschafterin. Sie habe bei ihrem Besuch eines schiitischen Schreins in Qom einzig geltende Gesetze und geltendes Protokoll eingehalten.

Ende 2023 besuchte Olivieri Lozano in Teheran die University of Religions and Denominations (URD). Dabei soll sie dafür gewonnen haben, die Zusammenarbeit zwischen Schweizer Universitäten und der als konservativ geltenden URD auszubauen. Stein des Anstosses hier: Bei der Gründung der Universität seien diverse einflussreiche Konservative und Angehörige des inneren Machtzirkels zugegen gewesen.